



Geheime Millionen und der Verdacht illegaler Parteispenden: 10 Fakten zur intransparenten Wahlkampfhilfe für die AfD

Das Grundgesetz ist eindeutig: Die Parteien müssen Rechenschaft darüber ablegen, wer sie finanziell unterstützt. Denn anonyme Gelder, die Politik und Wahlen beeinflussen, sind Gift für die Demokratie. Das sieht die AfD offensichtlich anders. Seit Monaten lässt sich die Partei ihre Wahlkämpfe aus dubiosen Quellen unterstützen und treibt dabei ein Katz-und-Maus-Spiel mit der Öffentlichkeit. Auch bei der Bundestagswahl profitiert die AfD wieder von verdeckter Wahlwerbung. Dieses Papier liefert zentrale Fakten zu der umstrittenen Wahlwerbung, dem Umgang der AfD damit und eine parteirechtliche Einordnung. In mehreren Fällen besteht der Verdacht der illegalen Parteienfinanzierung.

| Einführung: verdeckte Wahlwerbung in Millionenhöhe

Anonyme Geldgeber unterstützen die AfD seit Langem mit millionenschweren Wahlkampfhilfen. Organisiert hat die Unterstützungsaktionen der „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten“. Dazu gehörten Zeitungen mit Wahlempfehlungen für die AfD („Extrablatt“), Großplakate, Google-Anzeigen und Videos – und zuletzt die Wochenzeitung „Deutschland-Kurier“.¹ Die indirekte Wahlwerbung über den Verein umgeht die Transparenzregeln des Parteienrechts. Bis heute bleiben die Finanziers im Dunkeln.

LobbyControl schätzt, dass die Kosten für die Wahlwerbung bei mindestens mehr als sechs Millionen Euro liegen (siehe Auflistung im Anhang). Möglicherweise floß sogar deutlich mehr Geld, da nicht alle Wahlwerbemaßnahmen im Detail bekannt sind. Vergleichbare Fälle von Wahlwerbung durch Dritte sind uns aus der jüngeren Vergangenheit nicht bekannt. Somit dürfte es sich bei der verdeckten AfD-Wahlwerbung um die wahrscheinlich größten intransparenten Geldflüsse der letzten Jahre zugunsten einer einzelnen Partei handeln.

¹ Aus Gründen der Lesbarkeit enthält das Papier nur ausgewählte Fußnoten. Weitere Belege und Details finden Sie in der Lobbypedia unter https://lobbypedia.de/wiki/Verein_zur_Erhaltung_der_Rechtsstaatlichkeit_und_der_bürgerlichen_Freiheiten

Zugleich haben einzelne AfD-Politiker direkt von heimlichen Zahlungen der Goal AG profitiert. Die Goal AG ist eine Schweizer PR-Agentur, die der zentrale Akteur hinter dem „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten“ ist.

Die indirekte Wahlwerbung über den Verein und die direkte Unterstützung einzelner AfD-Politiker lief Hand in Hand. Der Verein verteilte zum Beispiel bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg Wahlzeitungen und schaltete Großplakate für die AfD. In der Wahlzeitung namens „Extrablatt“ war ein Interview mit AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen abgedruckt. Zugleich erhielt Meuthen Anzeigen, Plakate und Webseite von der Goal AG. Ähn-

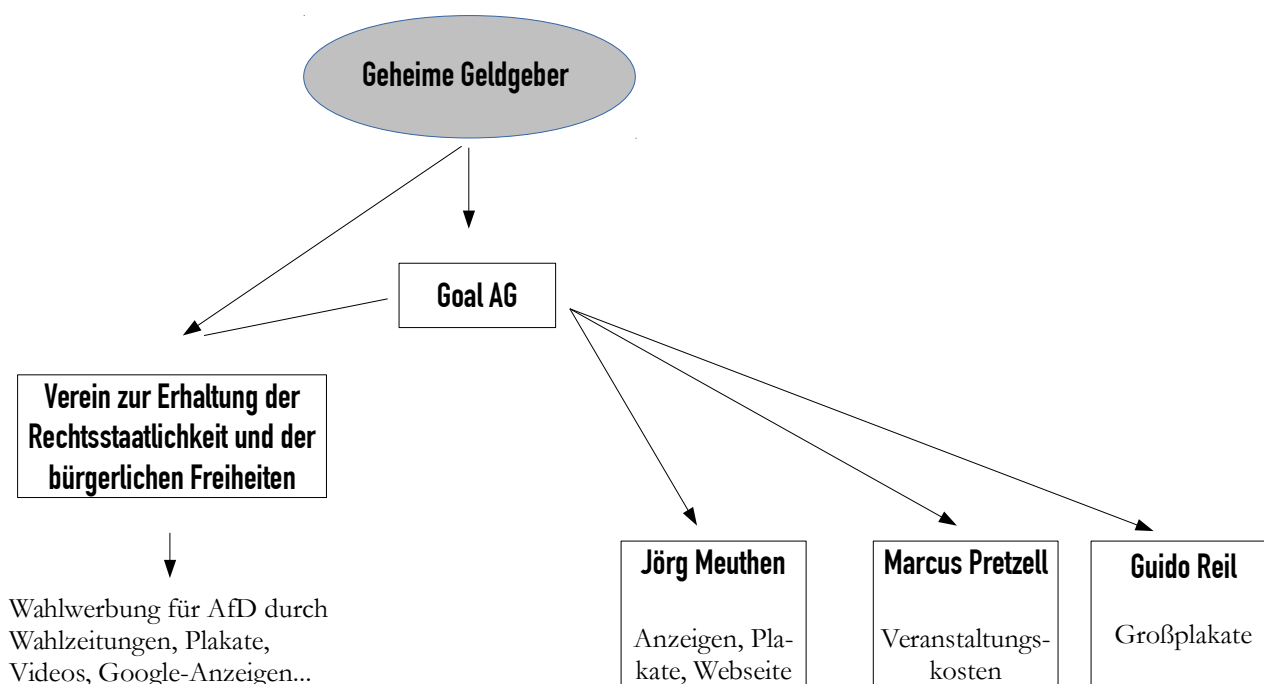
liche Parallelen gibt es im Fall Guido Reil: Die Goal AG schaltete für den AfD-Politiker aus Nordrhein-Westfalen Plakate, der Verein bietet ihm über den „Deutschlandkurier“ eine Plattform als Kolumnist und verteilt die für die AfD werbende Publikation in seiner Region.

Diese doppelte Unterstützung wirft brisante parteienrechtliche Fragen auf. Die indirekte Wahlwerbung über den Verein umgeht die Transparenzvorschriften des Parteiengesetzes. Auch bei der direkten Unterstützung einzelner AfD-Politiker versucht die AfD, um das Parteiengesetz herum zu kommen. Hier steht sogar der Verdacht auf illegale anonyme Parteispenden im Raum.

Die heimlichen Helfer der AfD im Überblick

Die verdeckte Wahlwerbung begann bei den Landtagswahlen in Rheinland Pfalz und Baden-Württemberg im Jahr 2016. Damals trat als Organisator eine „Vereinigung zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten“ auf. Im September

2016 wurde dann der Verein in Stuttgart gegründet. Im Juli 2017 startete der Verein eine rechtspopulistische Zeitung, den Deutschland-Kurier.



Der Verein hat bis heute nur eine Briefkasten-Adresse.² Die Ansprechpartner nach außen wechselten mehrfach. In der Anfangsphase war es Josef Konrad, selbst AfD-Mitglied und Geschäftsführer der Polifakt GmbH, die Wahlkampf- und Merchandising-Materialien für die AfD erstellt. Er gehört zum engeren Kreis der AfD-internen Wahlkämpfer. Danach übernahm Michael Paulwitz, ein ehemaliges Mitglied der „Republikaner“, die Außenvertretung des Vereins. Seit der formellen Gründung des Vereins ist David Bendels, ein ehemaliges CSU-Mitglied und dort Initiator des „Konservativen Aufbruchs“, Vereinsvorsitzender. Wer

² Siehe Fragwürdige Wahlwerbung. Das diskrete Helfernetzwerk der AfD, Frontal21-Bericht vom 16.5.2017, <https://www.zdf.de/politik/frontal-21/das-diskrete-helfernetzwerk-der-afd-100.html> sowie die Bestätigung in einem Interview der NZZ mit Alexander Segert vom 1.7.2017, <https://nzzas.nzz.ch/notizen/alexander-segert-faellt-schwer-in-den-bereich-von-verschwörungstheorien-ld.1303863>

den Verein wirklich steuert und die bisherigen Ansprechpartner ausgewählt hat, bleibt dubios.

Die einzige Konstante ist die Schweizer PR-Agentur Goal AG, die eine zentrale Rolle bei den Aktivitäten des Vereins spielt. Die Agentur arbeitete häufig für die Schweizer Volkspartei (SVP) und andere rechtspopulistische Parteien in Europa. Als ihr Markenzeichen gelten starke Vereinfachungen und gezielte Tabubrüche.³

Wer die Geldgeber für die Wahlwerbung zugunsten der AfD sind, bleibt bis heute im Dunkeln.

³ Der Auslandseinsatz des SVP-Werbers, WoZ Nr. 20/2017 vom 18.05.2017, abgerufen am 6.6.2017

| Zehn Fakten zur verdeckten Wahlwerbung

1. Der Verein dient der Wahlwerbung für die AfD und ist keine Denkfabrik.

Der „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten“ gibt vor, eine Denkfabrik zu sein. Es findet aber keine eigene Wissensproduktion über Studien oder ähnliches statt. **Das einzig erkennbare Ziel des Vereins ist es, Wahlwerbung für die AfD zu machen.** Die wenigen Veranstaltungen des Vereins sind immer im Kontext von Wahlkämpfen zu sehen. Auch die seit Juli 2017 herausgegebene „Wochenzeitung“ Deutschland-Kurier dient der Wahlwerbung für die AfD. Sie ist die Weiterführung der bisherigen Wahlzeitung „Extrablatt“ unter neuem Namen. Mit kostenlosen Verteil-Aktionen soll der Deutschland-Kurier Stimmung für die AfD machen.⁴

2. Die Goal AG ist der zentrale Akteur hinter dem Verein

Die Goal AG ist die zentrale Agentur hinter dem Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten. Die Schweizer PR-Agentur führt das Sekretariat des Vereins und übernimmt praktisch alle Öffentlichkeitsmaßnahmen des Vereins. Eigentlich besteht der Verein nur aus der Arbeit der Goal AG und aus dem Vorsitzenden David Bendels, der als öffentliches Gesicht auftritt. Dabei ist die Goal AG die einzige Konstante:

⁴ Auch der Deutsche Journalisten Verband spricht dem Blättchen die journalistische Qualität ab. Siehe <https://www.derwesten.de/staedte/essen/in-300-000-essener-briefkasten-verteilt-das-steckt-hinter-dem-deutschland-kurier-id211548665.html>



Foto: U. Müller/LobbyControl

David Bendels bei einer Aktion des Vereins zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten.

sie war von Anfang an dabei, während die Ansprechpartner des Vereins mehrfach wechselten und Bendels erst später dazu stieß. **Somit stellt sich die Frage, ob der ganze Verein nicht nur ein Projekt und eine Tarnorganisation der Goal AG ist.** Dazu würde passen, dass der Verein dem Muster entspricht, mit dem die Goal AG in der Schweiz öfters Kampagnen und Aktionskomitees für Volksabstimmung führt.

3. Es ist ein Märchen, dass sich der Verein über viele tausend Unterstützer finanziert

Der Verein behauptet, er werde von zahlreichen Spenden von 20.000 Unterstützern finanziert. Das ist fragwürdig und für die Aktivitäten zur Bundestagswahl ausgeschlossen. Den Kern der sogenannten „Unterstützer“ bilden die Unterzeichner eines Manifests des Vereins. Wenn man das Manifest unterschreibt, heißt es auf der Webseite aber ausdrücklich, dass sich die Unterstützung nur auf den Aufruf beziehe und nicht auf weitere Aktionen des Vereins.⁵ Es ist insofern nicht richtig, wenn der Verein diese Unterzeichner nach außen als „Unterstützer“ des Vereins insgesamt bezeichnet. Es handelt sich erstmal nur um Personen, deren Email-Adressen der Verein hat und die er damit anschreiben kann. Von Anfang Mai bis Ende August gab es allerdings keinerlei Spendenaufrufe an diesen Verteiler.⁶ Weder der Deutschland-Kurier noch die Plakate zur Bundestagswahl können von den vermeintlichen „Unterstützern“ finanziert sein. Das zeigt auch die Anfangsphase der Vereinigung deutlich: sie konnte im Frühjahr 2016 aus dem Stand mehrere Hunderttausend Euro für Wahlwerbung in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ausgeben, ohne vorher jemals in Erscheinung getreten zu sein. Der damalige Repräsentant der Vereinigung, Josef Konrad, sagte im März 2016, dass hinter der Vereinigung rund zwölf „besorgte Bürgerinnen und Bürger“ stünden.⁷ **Es ist also klar, dass der Verein durch anonyme Großspender angeschoben wurde und die Aktivitäten bis heute wahrscheinlich weitgehend von Großspendern finanziert wurden.**



Foto: U. Müller/LobbyControl

Plakat des Pro-AfD-Vereins zur Bundestagswahl.

⁵ Webseite des Vereins, www.rechtundfreiheit.de/unterstuetzer-werden/

⁶ LobbyControl konnte die Mails an den Verteiler in dem genannten Zeitraum einsehen.

⁷ Hetz-Flyer schüren Verdacht auf illegale Parteispende. Spiegel Online vom 06.03.2016, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-verdacht-auf-illegale-parteispende-a-1080705.html>

4. Der Verein umgeht die Transparenzregeln für Parteien

Mit der Finanzierung von Wahlkampfmaterial über den Verein **nutzen die Gönner der AfD eine juristische Grauzone, in der sie anonym bleiben können.** Im Unterschied zu Parteien müssen Vereine ihre Spender nicht offen legen. Bendels bestätigte in der Jungen Freiheit ausdrücklich, der Verein sei „Adressat für Finanziers“, die die AfD „fördern, aber aus geschäftlichen Gründen nicht namentlich mit ihr in Verbindung gebracht werden wollen“.⁸ Der Verein räumt damit selbst ein, dass er Großspendern die Möglichkeit bietet, die Transparenzregeln des Parteiengesetzes zu umgehen.

Nach der derzeitigen Fassung des Parteiengesetzes wären die Wahlkampfhilfen nur dann als Parteispende an die AfD zu werten, wenn die AfD bei der Planung oder Organisation der Maßnahmen involviert war. Sowohl die AfD als auch der Verein leugnen solche Absprachen. Angesichts der engen Kontakte zwischen AfD, Goal AG und dem Verein erscheint dies zumindest fragwürdig

5. Die Kontakte der AfD zur Goal AG und dem Verein sind viel enger als behauptet

Der Verein und die AfD behaupten, voneinander unabhängig zu sein; jegliche PR-Kampagnen zugunsten der AfD seien ohne Absprache mit der Partei entstanden. **Die vorgebliche Parteiunabhängigkeit ermöglicht dem Verein, die AfD indirekt zu finanzieren, ohne die Identität der Geldgeber offenzulegen.** Doch die Verflechtungen sind immens. Das belegen zahlreiche gemeinsame Auftritte von AfD-Politikern mit dem Vereinsvorsitzenden Bendels, die Doppelrolle von Josef-Konrad und die direkte Unterstützung der Goal AG für mehrere AfD-Politiker (siehe dazu Fakt 6). Mit Jörg Meuthen wusste ein AfD-Vorstandsmitglied von Anfang an, dass die Goal AG im Verborgenen den Wahlkampf der AfD unterstützte.

Gerade in der Anfangszeit scheint der Draht zwischen der Vereinigung und der AfD eng gewesen zu sein. Das zeigt die Doppelrolle von Josef Konrad als Produzent von AfD-Wahlkampf-Materialien und erster Ansprechpartner des Wahlwerbe-Vereins. Die ersten Ausgaben des „Extrablatts“ enthielten auch noch Interviews mit den jeweiligen Spitzenkandidaten der AfD-Landesverbände. Hier gab es also direkte Kontakte (über Konrad). Nach Medienberichten gab es zudem im Januar 2016 einen Austausch des damaligen Ansprechpartners der Wahlwerbung, Josef Konrad, mit dem

⁸ Kleine, feine Denkfabrik, Junge Freiheit vom 13.1.2017, www.rechtundfreiheit.de/2017/01/12/kleine-feine-denkfabrik

AfD-Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern.⁹ Das legt nahe, dass die AfD über den Landesvorstand MV bereits vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz Kenntnis über die Unterstützungskampagne gehabt hat.

⁹ Millionen aus der Grauzone, Zeit vom 18.5.2017, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-05/afd-partei-foerderung-verein-geld/>

6. Politiker der AfD profitieren direkt von der Unterstützung durch die Goal AG

Die Goal AG war nicht nur der zentrale Akteur hinter dem Wahlwerbe-Verein. Sie ließ auch mehreren AfD-Politikern direkte Unterstützung zukommen. Dazu gehören Jörg Meuthen, Marcus Pretzell und Guido Reil (siehe Kasten). **Die Doppelstrategie macht es noch unglaubwürdiger, dass die AfD wirklich nichts über die Hintergründe der verdeckten Wahlwerbung wusste.** Woher die Goal AG das Geld dafür nahm, bleibt bislang im Verborgenen.

WAHLKAMPAGNE FÜR JÖRG MEUTHEN

Die Goal AG finanzierte während des Landtagwahlkampfes in Baden-Württemberg 2016 Anzeigen und Großplakate für den AfD-Sprecher Jörg Meuthen. Sie erstellte auch Meuthens Webseite für den Wahlkampf. Meuthen war der Spitzenkandidat der AfD in Baden-Württemberg. Im März 2016 behauptete er vor der Landtagswahl, er habe vom „Extrablatt“ und den Großplakaten nichts gewusst und habe damit nichts zu tun. Im Mai 2017 räumte Meuthen ein, dass seine Webseite von der Goal AG gemacht wurde. Dies sei ein „unentgeltlicher Freundschaftsdienst“ Segerts gewesen, den er persönlich kenne. Auf Nachfragen von LobbyControl verschwieg er, dass die Goal AG auch Anzeigen und Plakate für ihn bezahlt hatte. Dies gab er erst nach weiteren Recherchen Ende August zu.¹

Geld von der Goal AG für Markus Pretzell

Die Goal AG übernahm auch den Großteil der Kosten für eine von Markus Pretzell organisierte Veranstaltung im Februar 2016. Dabei waren AfD- und FPÖ-Politiker gemeinsam in Düsseldorf aufgetreten. Die Goal AG überwies demnach im Juli 2016 28.000 Euro von der Gesamtrechnung von ca. 36.000 Euro an das Düsseldorfer Kongresszentrum.² Woher die Goal AG das Geld nahm,

ist offen. In einem Interview mit der Neuen Züricher Zeitung hat Alexander Segert im Juli 2017 gesagt, dass das Geld „im Auftrag eines Kunden“ gezahlt wurde.³ Um wen es sich dabei handelt, ist unbekannt. Segert und Pretzell haben bislang nicht auf Anfragen von LobbyControl zu der Geldzahlung geantwortet.

Plakate von der Goal AG für Guido Reil

Die Goal AG finanzierte auch Wahlplakate des AfD-Politikers Guido Reil im NRW-Landtagswahlkampf 2017. Guido Reil hat selbst die Kosten auf „um die 50.000 Euro“ geschätzt. Die Plakate waren als AfD-Plakate gestaltet. Reil war über die Aktion informiert, hat ein Foto zur Verfügung gestellt und sich nach eigenen Aussagen die Aktion AfD-intern absegnen lassen.⁴ Nach Einschätzung von LobbyControl ist die Finanzierung der Plakate demnach als Parteispende für die AfD zu werten. Die Goal AG wollte Reil nach dessen eigener Aussage nicht sagen, wer die Plakate bezahlt. Damit würde es sich um eine anonyme Spende handeln, die in dieser Größenordnung nach Parteiengesetz verboten ist.

¹ Die Recherchen stammen von Frontal 21 und dem Recherche-Zentrum Correctiv. Details und Belege siehe Meuthens heimliche Helfer, LobbyControl-Blog vom 30.8.2017, <https://www.lobbycontrol.de/2017/08/meuthens-heimliche-helfer/>

² AfD-Politiker Pretzell erhielt finanzielle Unterstützung aus der Schweiz, Spiegel Online vom 9.6.2017, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-marcus-pretzell-erhielt-finanzielle-unterstuetzung-aus-der-schweiz-a-1151391.html>

³ Interview der NZZ mit Alexander Segert vom 1.7.2017, <https://nzzas.nzz.ch/notizen/alexander-segert-faellt-schwer-in-den-bereich-von-verschwoerungstheorien-ld.1303863>

⁴ Schweizer Plakatgeheimnis, Correctiv Online vom 13.7.2017, <https://correctiv.org/recherchen/neue-rechte/artikel/2017/07/13/schweizer-plakatgeheimnis/>

7. Bei der direkten Unterstützung für AfD-Politiker besteht der Verdacht auf illegale Parteienfinanzierung

Das Parteiengesetz verbietet anonyme Spenden, auch anonyme Sachspenden. Im Fall von Pretzell hatte Goal-Chef Alexander Seigert gesagt, dass das Geld von einem Kunden der Agentur stamme. Guido Reil wiederum hat ausgesagt, dass die Goal AG für die Großplakate im NRW-Wahlkampf einen „Auftraggeber“ gehabt hätte. Die Agentur habe aber nicht gesagt, wer das sei. **Reils Aussagen legen nahe, dass es sich hier um verbotene Spenden handelt.** Angesichts der Parallelen zwischen den Unterstützungsaktionen für Jörg Meuthen und Guido Reil drängt sich der Verdacht auf, dass auch im Falle der Kampagne für Meuthen das Geld von anonymen Dritten kam. Die Goal AG hat bislang auf Anfrage von LobbyControl dazu nicht geantwortet.

Zu allen drei Fällen laufen gerade Prüfungsverfahren bei der Bundstagsverwaltung, die für die Kontrolle der Parteienfinanzierung zuständig ist. Um nicht unter das Parteiengesetz zu fallen, behauptete Jörg Meuthen, dass die Unterstützung durch die Goal AG nicht als Parteispende zu werten sei. Diese Argumentation überzeugt nicht. So können extern geschaltete Anzeigen und Plakate auch ohne Beauftragung als Sachspende gewertet werden. Als „Einnahme“ einer Partei nach § 26 Parteiengesetz gelten auch „Maßnahmen durch andere, mit denen ausdrücklich für eine Partei geworben wird“. Dies aber nur, wenn die „Übernahme“ einer solchen Maßnahme vorliegt. Tatsächlich übernahm Meuthen gegenüber einer lokalen Wochenzeitung im Februar 2016 die rechtliche Verantwortung für die Anzeigen. Mit dieser sogenannten Freistellungserklärung hat er an den Unterstützungsaktionen mitgewirkt und sie akzeptiert. Er kann sich deshalb nicht darauf berufen, dass es sich um eine unabhängige Aktion der Goal AG gehandelt habe. Auch bei Reil liegt eine Freistellungserklärung vor.

Im Falle von Pretzell handelt es sich um eine direkte Kostenübernahme durch die Goal AG. Hier argumentierte Pretzell gegenüber dem „Spiegel“, dass es sich bei dem Kongress „ersichtlich um keine Parteiveranstaltung handelte. Insofern kommen auch keine Grundsätze der Parteienfinanzierung zum Tragen“ (siehe Fußnote 11). Diese Position ist höchst fraglich. Denn die Veranstaltung wurde als AfD-Event vermarktet und öffentlich auch so wahrgenommen.

8. Die AfD verstößt gegen das Transparenzgebot des Grundgesetzes

Neben der endgültigen juristischen Bewertung ist zudem brisant, dass Jörg Meuthen mit seinem Vorgehen versucht, die parteirechtlichen Transparenzregeln zu umgehen. Wenn er damit durchkommen sollte, würden die Transparenzregeln weitgehend ausgehöhlt. Dann wären komplette Wahlkampagnen im Look einer Partei von der Rechenschaftspflicht der Parteien ausgenommen, selbst wenn hochrangige Parteipolitiker davon wissen und daran mitwirken. Hauptsache, die Partei würde sie nicht offiziell beauftragen. Jeder Großspender könnte dann statt einer Spende einfach eine Agentur mit gezielter Wahlwerbung beauftragen, um anonym zu bleiben.

Diese Situation wäre vollkommen inakzeptabel und würde dem Transparenzanliegen des Parteiengesetzes fundamental widersprechen. **Die Transparenzregeln basieren auf einer Anforderung des Grundgesetzes, dass die Parteien über die Herkunft ihrer Mittel Rechenschaft ablegen müssen.** Wenn Meuthen jetzt versucht, Anzeigen, Plakate und Webseite für seinen Wahlkampf aus dieser Rechenschaftspflicht herauszuhalten, arbeitet er gegen den Geist des Grundgesetzes.

9. Die AfD deckt die Verschleierung der Wahlkampffinanzierung

Das Verhalten der AfD ist der Skandal im Skandal: Die AfD unternimmt als Partei nichts gegen die intransparente Wahlwerbung zu ihren Gunsten. **AfD-Politiker reden die Unterstützung durch die geheime Gelder klein, sie geben Unwissenheit vor, bemühen sich in keiner Weise um Aufklärung und führen sogar die Öffentlichkeit in die Irre.** Wie etwa Jörg Meuthen, der noch im Mai 2017 versuchte, das ganze Ausmaß seiner Unterstützung durch die Goal AG zu verschleiern.

Bis heute bleibt die Frage, wer in der AfD noch von der Goal AG unterstützt wurde. Guido Reil spricht in seinen Aussagen von mehreren hochkarätigen AfD-Politikern, die von der Goal AG unterstützt worden wären. Die AfD muss jetzt endlich aufklären, wie viel Geld aus anonymen Quellen für ihre vergangenen Wahlkämpfe geflossen ist, wer davon profitierte und wo das Geld herkam. Das Versteckspiel muss endlich ein Ende haben.

10. Der Fall zeigt den Reformbedarf im deutschen Parteienrecht

Die verdeckte Wahlwerbung nutzt eine Lücke in den Transparenz-Vorschriften für Parteien. Die Finanziere des Vereins können verborgen bleiben, während Spenden an Parteien ab 10.001 Euro offen gelegt werden müssen. **Dieses Schlupfloch muss dringend geschlossen werden. Wahlwerbung durch Dritte den gleichen Transparenzregeln unterliegen soll wie andere Parteispenden.**

Zudem müssten die Ermittlungskompetenzen der Bundestagsverwaltung ausgeweitet werden. Bislang darf sie nicht einmal von Dritten (wie etwa dem Geschäftsführer des Wahlwerbevereins) eine Stellungnahme verlangen, von darüber hinausgehenden Untersuchungsbefugnissen ganz zu schweigen. Die Staatsanwaltschaft könnte zwar weiter ermitteln – doch die darf vom Bundestag erst eingeschaltet werden, wenn ein Partei-Rechenschaftsbericht konkrete Anhaltspunkte für Rechtsverstöße gibt. Doch wenn die Wahlkampfhilfe für die AfD über das Konto des ominösen „Vereins“ lief, ist aus dem Rechenschaftsbericht der Partei vermutlich kein Anhaltspunkt zu erwarten. Zudem muss die AfD ihren Rechenschaftsbericht für 2016 erst 2018 abliefern, für das Bundestagswahljahr 2017 sogar erst 2019.

Hinweis: Wir haben der AfD-Bundespartei, dem Schatzmeister der AfD, den AfD-Politiker/innen Alexander Gauland, Leif-Erik Holm, Markus Pretzell, Guido Reil und Alice Weidel Fragen zu den Sachverhalten geschickt, aber von keinem Antworten erhalten. Auch Jörg Meuthen, die Goal AG und „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten“ haben auf unsere letzten Anfragen nicht mehr reagiert. Wir haben das nicht an allen Stellen einzeln erwähnt.

| Anhang: Übersicht über die Wahlwerbung des Vereins seit März 2016

Seit dem ersten Auftreten hat der „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten“ mehrere Tausend Großplakate zugunsten der AfD gebucht, die Werbezeitung „Extrablatt“ in Millionenaufgabe verteilen lassen und anschließend den „Deutschland-Kurier“ produziert. Die Kosten dürften sich nach unserer Schätzung auf mehr als sechs Millionen Euro belaufen.

Dazu haben wir bisher vorliegende Schätzungen für einzelne Werbe-Aktionen zusammengetragen und einen Wert von fünf Millionen euro ermittelt. Hinzu rechnen wir mit mindestens 500.000 Euro Kosten für den Deutschland-Kurier. Ebensoviele ist mindestens für die Unterstützungsaktionen in Berlin und dem Saarland sowie die Plakate in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern zu veranschlagen, für die bislang keine Schätzungen vorlagen. Gerade bei den Plakaten könnten die Ausgaben auch deutlich höher gelegen haben. Hinzu kommen die Anzeigen sowie Videos und Online-Werbung. Die Summe von 6 Millionen Euro ist deshalb eine sehr zurückhaltende Schätzung. Die Kosten für die Plakate zur Bundestagswahl sind noch nicht eingerechnet.

Landtagswahl Rheinland-Pfalz, März 2016

- > Hunderte Großflächenplakate (geschätzte Kosten: bis zu 1200 € pro Stück)
- > 1,54 Millionen Exemplare „Extrablatt“ – geschätzte Kosten laut Nordkurier: 39.380 € Druckkosten + 230.640 € Versandkosten = 270.020 €

Landtagswahl Baden-Württemberg, März 2016

- > Großflächenplakate: Zahl unbekannt
- > Zwei Millionen Exemplare „Extrablatt“ laut „Bild“-Zeitung, die mindestens 10 Cent pro Stück als Kosten veranschlagt.
- > Der Nordkurier gibt auf Basis der Angaben des Vereins, 80 Prozent aller Haushalte wären beliefert worden, 4,13 Millionen Exemplare an. Geschätzte Kosten laut Nordkurier: 104.120 € Druckkosten + 524.680 € Versandkosten = 628.800 €

Anzeige in der NZZ, April 2016

- > Im April 2016 veröffentlichte die Vereinigung eine Anzeige in der „Neuen Züricher Zeitung“, die für Aufregung sorgte. Sie zeigte Angela Merkel als Hütchenspielerin unter der Überschrift „Merkel mogelt weiter“.

Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern, September 2016

- > 753.300 Exemplare „Extrablatt“. Geschätzte Kosten laut Nordkurier: 19.550 € Druckkosten + 128.670 € Versandkosten = 148.220 €
- > Außerdem Plakate und ein eigener Wahlometer, das nur Aussagen der AfD präsentiert.

Landtagswahl Berlin, September 2016

- > Extrablatt: Keine Angaben zur Auflage; es ist allerdings bekannt, dass es verteilt wurde.
- > Es gab auch Großflächenplakate (eigene Sichtung) und Internet-Werbung

Landtagswahl Saarland, März 2017

- > Laut Verein: 500 000 Exemplare „Extrablatt“ und im Großraum Saarbrücken 100 Großplakate

Landtagswahlen NRW und Schleswig-Holstein, Mai 2017

- > Extrablätter in NRW: ca. 2.600.000; SH: ca. 500.000
- > Großplakate: 2500, evtl. wurden noch weitere dazu gebucht
- > Die Zeit schätzt die Kosten auf bis zu vier Millionen Euro.

Bundestagswahlen 2017, September 2017

- (soweit bisher bekannt)
- > Deutschland-Kurier: bislang 9 Ausgaben, von denen je 300.000 Exemplare umsonst verteilt wurden
 - > Anzeigen mit Erika Steinbach in der FAZ und Passauer Neuen Presse. Weitere geplant
 - > Großflächen-Plakate: „mehrere tausend Plakate“ nach Auskunft des Vereins

Quellen-Angaben zu den Werbemaßnahmen und den Schätzungen finden Sie in der Lobbypedia unter https://lobbypedia.de/wiki/Verein_zur_Erhaltung_der_Rechtsstaatlichkeit_und_der_bürgerlichen_Freiheiten

LobbyControl ist ein gemeinnütziger Verein, der über Machtstrukturen und Einflussstrategien in Deutschland und der EU aufklärt. Wir liefern aktuelle Recherchen und Hintergrundanalysen. Mit Kampagnen und Aktionen machen wir Druck für politische Veränderung. LobbyControl setzt sich ein für eine lebendige und transparente Demokratie.

V.i.S.d.P.:

Imke Dierßen, LobbyControl e. V.,
Am Justizzentrum 7, 50939 Köln

www.lobbycontrol.de

Autor:

Ulrich Müller

Foto Titelseite:

U. Müller / LobbyControl